

An

Bundeskanzler Werner Faymann

Vizekanzler Michael Spindelegger

Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Unterrichtsministerin Claudia Schmied

Finanzministerin Maria Fekter

Parlamentsclub der SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen, des BZÖ, des Teams Stronach

GÖD, ÖGB

Sehr geehrte Bildungsverantwortliche,

sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Regierungsmitglieder,

sehr geehrte Abgeordnete des Nationalrats!

Das Kollegium des Bundesgymnasiums Lustenau übermittelt in offener Frist seine **Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst** und bittet um Veröffentlichung auf der Homepage des Parlaments.

Die LehrerInnen des Bundesgymnasiums Lustenau/Vorarlberg haben im Rahmen der Dienststellenversammlung am 17.9.2013 den Entwurf „Neues Dienstrecht - Pädagogischer Dienst“ diskutiert und schließen sich den kritischen Stellungnahmen anderer Schulen im gesamten Bundesgebiet an: Die neue Dienstrechtsreform ist ein Sparpaket auf Kosten der Lehrer, ohne Einbeziehung pädagogischer Notwendigkeiten und ohne Berücksichtigung der Belastung durch steigende Anforderungen, die diese Novelle in vielen Bereichen mit sich bringt.

Das „Neue Dienstrecht“ enthält eine gravierende Lohnreduktion für die AHS-Lehrer, die deren Einsatz und Engagement nicht gerecht wird. Darüber hinaus ist dieser Entwurf ohne Zustimmung der Sozialpartner in die Begutachtungsphase gegangen, was im Widerspruch zu den Gepflogenheiten der österreichischen Demokratie steht.

In unserer Stellungnahme möchten wir auf einige Punkte besonders hinweisen:

- Volle Unterrichtsverpflichtung im Ausmaß von 24 Wochenstunden, Hospitationsverpflichtungen und Induktionsveranstaltungen in der unterrichtsfreien Zeit für **JunglehrerInnen im ersten Dienstjahr** sehen wir als unverantwortliche Überforderung. Diese Fülle an Dienstverpflichtungen erachten wir als kontraproduktiv, da sie Junglehrer vermehrt in die Teilzeitbeschäftigung oder in ein Burnout drängen.
- Durch die Erhöhung der Lehrverpflichtung sehen wir generell die Gefahr einer Qualitätseinbuße. Für die Vorbereitung des Fachunterrichts und die notwendige

Individualisierung bleibt weniger Zeit. Die Betreuungsqualität wird zum Nachteil der Schüler sinken.

- Die **Attraktivität des Lehrberufs** insgesamt sinkt durch eine signifikante Erhöhung der Wochenarbeitszeit und teilweise nicht klar formulierte Dienstpflichten. Für Teilzeitbeschäftigte, in der Regel sind dies Frauen, ergibt sich eine Verschlechterung ihrer Einkommenssituation. Der bereits bestehende Lehrermangel, der sich in den kommenden Jahren drastisch verschärfen wird, kann so keineswegs behoben werden.
- Eine Verminderung der Lebensverdienstsumme ist für uns nicht akzeptabel. In den von BMUKK publizierten Gehaltskurven wird neben einem fiktiven Zinssatz von 4%, die Erhöhung der Arbeitszeit nicht miteingerechnet. Somit wird der Öffentlichkeit ein falsches Bild der im Zusammenhang mit dem „Neuen Dienstrecht“ stehenden Lebensverdienstsumme vermittelt. Wir möchten hiermit nochmals festhalten, dass diese Dienstrechtsnovelle eine klare **Lohnreduktion** zur Folge hat.
- Wir fordern eine Sicherstellung der qualitativ hochwertigen fachlichen Ausbildung aller Lehrpersonen in Österreich.

Hochachtungsvoll

Die LehrerInnen des Bundesgymnasiums Lustenau/Vorarlberg

für den Dienststellenausschuss: Mag. Michaela Germann und Mag. Charlotte Mayrhauser-Berger

michaela.germann@eduhi.at

ma.be@aon.at